



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin

Pressemitteilung

Umsetzung der regulären Auszahlung der außerordentlichen Wirtschaftshilfe für November kann beginnen

Berlin, den 13. Januar 2021
Anlagen:

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Die außerordentliche Wirtschaftshilfe des Bundes für November unterstützt Unternehmen, Betriebe, Selbständige, Vereine und Einrichtungen, deren Betrieb aufgrund der zur Bewältigung der Pandemie erforderlichen Maßnahmen temporär geschlossen wurde. Nachdem die technischen Voraussetzungen geschaffen wurden, können die Länder seit Dienstag mit der regulären Auszahlung der „Novemberhilfe“ beginnen. Dazu erklärt die Wahlkreisabgeordnete für Tübingen-Hechingen, Staatsministerin Annette Widmann-Mauz MdB:

„Viele Betriebe stehen aufgrund des Corona-Lockdowns aktuell vor existenziellen Fragen. Es ist daher entscheidend, dass die versprochenen Hilfen nun auch schnell und unbürokratisch von denen abgerufen werden können, die sie bitter nötig haben. Darum bin ich froh, dass der Bund das notwendige Softwareprogramm zur Bearbeitung der Novemberhilfen jetzt zur Verfügung gestellt hat, sodass die Länder die Unterstützung nun direkt auszahlen können.“

Bereits seit 25. November 2020 läuft die Antragsstellung für die Novemberhilfe; zwei Tage später flossen die ersten Abschlagszahlungen. „Durch die Abschlagszahlungen konnten wir sicherstellen, dass erste Hilfen schnell bei den Betroffenen ankommen. Diese Form der Soforthilfe wird stark in Anspruch genommen und so wurden bereits über 1,3 Milliarden Euro an Abschlagszahlungen für die Novemberhilfe geleistet. Zusätzlich kommen weitere rund 643 Millionen Euro Abschlagszahlungen für die Dezemberhilfe dazu, die seit Anfang Januar fließen.“, so Widmann-Mauz.

Für Corona-Unternehmenshilfen sind im Bundeshaushalt 2021 39,5 Milliarden Euro vorgesehen.